

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	431
		<b>TOP:</b>	1
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	953/2023
		<b>GZ:</b>	OB/S/ÖPNV
<b>Sitzungstermin:</b>	24.10.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Dr. Maier		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Körner (S/OB), Herr Weber (SSB, VDU Landesgruppe)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Zetzsche / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Investitionszuschuss an die Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) zur Umstellung der Busflotte der SSB auf emissionsarme Antriebe</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 17.10.2023, GR Drs 953/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

Dem Investitionszuschuss an die Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) zur Umstellung der Busflotte der SSB auf emissionsarme Antriebe in Höhe von 1.633.600 EUR für das Jahr 2023 wird zugestimmt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigelegt.

StRin Schanbacher (SPD) befürwortet die in der GRDRs 953/2023 aufgelisteten Maßnahmen, sie zeigten sehr anschaulich, mit welchen Mehrkosten zum Erreichen der Klimaneutralität in Zukunft gerechnet werden müsse. So würden sich die Kosten für einen Brennstoffzellenbus beispielsweise auf das Dreifache eines Dieselmotors belaufen. Sie interessiert, warum das Land das Förderprogramm von SSB Flex nicht unterstütze. Es stelle sich die Frage, wie perspektivisch damit umzugehen sei, dass in Zukunft mehr Nahverkehr auf den Straßen unterwegs sein werde, der nicht dem klassischen Bus bzw. der Straßenbahn entsprechen würde. Da für den Umstieg jährlich 2,8 Mio. Euro eingestellt, aber für 2023 bisher nur 1,6 Mio. Euro ausgegeben worden seien, sei zu beratschlagen, wie dieses Geld zukünftig abfließen könne.

Herr Körner (S/OB) erläutert, für einen Zeitraum von fünf Jahren seien 2,8 Mio. Euro investive und 240.000 Euro konsumtive Mittel beschlossen worden. 2023 sei das erste Jahr des Programms, mit dem der Gemeinderat die Umstellung der noch nicht klimaneutralen Fahrzeuge der SSB unterstützen möchte. Er gehe davon aus, dass diese Mittel aufgrund des großen Bedarfs in den nächsten Jahren abfließen könnten. Es sei zu prüfen, was der Bund und was das Land fördere, was häufig erst relativ spät bekannt werde. Es sei wichtig gewesen, bereits in diesem Jahr einzusteigen, daher seien auch die bisher nicht mitgedachten SSB-Flex-Fahrzeuge aufgenommen worden.

Herr Weber [SSB und Geschäftsführer der VDV Landesgruppe (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen)] ergänzt, die SSB verfolge eine klare Beschaffungsstrategie, wobei Mittel der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) nachrangig nach Bund bzw. Land gezielt zur Kofinanzierung eingesetzt würden. Die Förderlogik sei in den letzten Jahren sehr komplex geworden; dies bedeute, sollten Mittel vom Bund bzw. Land nicht genehmigt werden oder nicht ausreichen, erfolge der Einsatz der vom Gemeinderat beschlossenen städtischen Mittel. Er führt aus, im dritten Call des Programms "Emissionsfreie Bussysteme" habe die SSB im September dieses Jahres beim Bund erfolgreich eine Förderskizze eingereicht und werde bis zum 12.11.2023 einen formellen Förderantrag vorlegen. Einschränkend sei aber anzumerken, dass Anträge nur dann beschieden werden könnten, wenn zukünftig auf Bundesebene zusätzliche Mittel für dieses Programm beschlossen würden. Diese zusätzlichen Mittel seien auch im Haushaltsplan des VDV enthalten. Allerdings diskutiere man aktuell beim Bund, dass diese zusätzlichen Mittel möglicherweise nicht für Busse, sondern für E-Lkw eingesetzt werden sollten. Dies lasse sich im Zusammenhang mit den Beschlüssen vermuten, die kürzlich bezüglich der Erhöhung der Straßenverkehrsmaut gefallen seien; es sei hierbei um die Frage gegangen, ob emissionsfreie Lkw keine oder weniger Maut zahlen sollten. Um diese Umstellung zu fördern, sei eine entsprechende Infrastruktur nötig, was bedeute, dass aktuell unsicher sei, ob die zusätzlichen Gelder für die Förderung emissionsfreier Busse durch das Bundesprogramm zur Verfügung gestellt werden könnten. Sollte der Antrag über 46 Batteriebusse und ein Lademanagementsystem positiv beschieden werden, werden bis zu 80 % der Mehrkosten übernommen. Sollte er aber abgelehnt werden, werden voraussichtlich auch im Landesprogramm nicht ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, was Mehrkosten für die Stadt/SSB zur Folge hätte. Beim Land sei das Thema Ladeinfrastruktur (Werkstätten, Umbau der Betriebshöfe) mit 75 % Regelförderung sowie 10 % Planungskostenförderung gut aufgestellt, man habe eine Vielzahl entsprechender Anträge laufen, nichtsdestotrotz seien auch hier bestimmte Zeitabläufe einzuhalten.

Zusammenfassend hält Herr Weber fest, erst wenn das Delta von Bund und Land feststehe, könne die Förderhöhe durch die LHS bemessen werden. Die entsprechenden

Vorlagen seien daher so aufgebaut, dass immer respektive der ungeforderten Kostenanteile abgestellt werde. Die Empfehlung der Verwaltung sei es gewesen, jährlich eine Vorlage anzufertigen. In diesem Jahr könnten nur die Mittel abgerufen werden, die in der Vorlage stünden. Sollten sie in 2023 nicht vollständig abgerufen werden können, bitte er darum, diese zu übertragen, denn sollte man im Bund mit dem Antrag scheitern, wären im Folgejahr deutlich mehr Mittel notwendig.

StR Kotz (CDU) gibt zu Protokoll in diesem Zusammenhang sei eine Unschärfe in der Vorlage auf Seite 3 im vorletzten Abschnitt aufgefallen. Hier sollte ergänzt werden, dass der Restbetrag von 1,167 Millionen EUR ins Folgejahr übertragen und nicht anderweitig verwendet werde.

Herr Körner dankt für den Hinweis des Stadtrates und wirbt um Zustimmung für die Vorlage. Er betont, die investiven Zuschüsse stärkten das Eigenkapital und die Finanzkraft der SSB insgesamt.

Ergänzend zur Frage von StRin Schanbacher bezüglich SSB-Flex führt Herr Weber abschließend aus, das Landes-Busprogramm habe letztes Jahr einen Antrag zu SSB-Flex mit der Aussage abgelehnt, alle Fahrzeuge müssten nach der damaligen Richtlinie barrierefrei sein. Argument der SSB sei daraufhin gewesen, dass bereits 2 der 20 Fahrzeuge barrierefrei beschafft worden seien, die zielgerichtet über die App bestellt werden könnten. Diese Argumentation habe dem Land jedoch nicht ausgereicht. Er versichere jedoch, für die kommenden Anträge SSB-Flex-Fahrzeuge mitaufzunehmen.

BM Dr. Maier stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Zetsche / fr

## Verteiler:

- I. S/OB  
zur Weiterbehandlung  
Stabsstelle Klimaschutz
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB
  2. *Referat AKR  
Haupt- und Personalamt  
Amt für Digitalisierung, Organisation und IT*
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. Referat SWU  
Amt für Umweltschutz
  5. Amt für Revision
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  6. *FDP-Fraktion*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*
  9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

*kursiv = kein Papierversand*